

# Keine Instrumentalisierung von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen!



Die Debatte über die Situation von Frauen in/aus islamischen Ländern erweckt den Eindruck, als bestehe hierzulande ein Interesse an der Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen. Deren tatsächliche Lage lässt allerdings Zweifel daran aufkommen. Nur selten werden die gesetzlichen Verbesserungen in der Praxis umgesetzt. Statt dessen häufen sich Berichte über rigorose Abschiebepraktiken. Die Tore der „Festung Europa“ werden durch die vermeintlichen Hilfeangebote an gewaltbetroffene Frauen nicht weiter.

Im Gegenteil: Die quotenträchtige Thematisierung der Unterdrückung „der muslimischen Frau“ wird zur stärkeren Polarisierung gegenüber der „anderen“ Kultur und zur weiteren Abschottung der Grenzen eingesetzt. Neoliberale Globalisierung und religiöse Fundamentalismen gleichen sich darin, dass in all diesen Prozessen die Körper von Frauen als Kampffeld wie auch als Instrument zur ideologischen Eroberung und Kontrolle eingesetzt werden.

## Göçmen ve mülteci kadınları politik malzeme olarak kullanmayın!

Müslüman kadınların durumu üzerine son yıllarda Almanya'da yoğunlaşan tartışmalar ve göç yasasında yapılan değişiklikler, sanki genel olarak şiddete maruz kalmış göçmen veya mülteci kadınların çıkarlarını korumak, yaşam koşullarını iyileştirmek içinmiş gibi gösterilmeye çalışılıyor. Oysa pratikte yaşananlar tam tersi. Sınır dışı kararları ve uygulamalarında giderek artan insanlık dışı olaylar yaşanmakta. “Avrupa Kalesi” nin kapıları, şiddete uğramış kadınlara her geçen gün daha da sıkı kapatılıyor. “Müslüman kadın” ın nasıl ezildiği ve baskı gördüğü sürekli gündeme getirilerek, farklı kültür ve yaşam biçimlerine yönelik tahammülsüzlük ve ayrımcılık körükleniyor. İşte tam da bu noktada, yeni liberal küreselleşme ve kökten dinci akımlar kadını malzeme olarak kullanma konusunda çakıyorlar. Her ikisi de kendi ideolojilerini yaymak ve taraftar kitlelerini kontrol altında tutmak için kadını propaganda ve kavga malzemesi olarak kullanıyorlar

## Arretez l'instrumentalisation des femmes immigrées et des chercheurs d'asile en Allemagne !

Le débat sur la situation des femmes dans ou venant de pays islamiques donne l'impression qu'il y a en Allemagne un intérêt pour améliorer la situation des femmes immigrées ou réfugiées victimes de violence. Leurs situations effectives démentent toutefois une telle motivation. Ce n'est qu'au titre exceptionnel que les rares améliorations juridiques sont transposées en pratique. Les pratiques de déportation rigoureuses augmentent. Les barrières de la « forteresse Europe » ne cèdent point aux prétendues offres d'aide à des femmes victi-

mes de violence. Au contraire: le discours continu et populiste sur l'oppression de « la femme islamique » est un outil dans l'arsenal des forces réactionnaires visant une polarisation contre « les autres » pour bâtir les frontières et ensuite justifier les guerres contre « l'autre culture ». La mondialisation néolibérale et les fondamentalismes religieux se ressemblent par le fait que tous les deux utilisent la violence contre les femmes comme instrument pour la conquête et le contrôle idéologiques.

## Fin a la instrumentalización de mujeres migrantes y refugiadas que son víctimas de violencia !

El debate sobre la situación de mujeres en / de países islámicos dan la impresión, de que en este país existiera un interés común por el mejoramiento de la situación de mujeres migrantes y refugiadas víctimas de violencia. La situación real de ellas sin embargo da mucho que pensar sobre la motivación. Las modificaciones legales son implantadas solamente en raras ocasiones, en la realidad aumentan las informaciones sobre prácticas rigurosas de expulsión. Los portones de la „Fortaleza Europa“ no se abren más con los supuestos ofrecimientos de ayuda para mujeres víctimas de violencia. Al contrario : la permanente tematización publicitaria de la opresión de la „mujer moslem“ es usada por las fuerzas reaccionarias para una mayor polarización contra la „otra“ cultura y en consecuencia para el reforzamiento del cierre de los límites. La globalización neoliberal y fundamentalismos religiosos se parecen en que en ambos se usan los cuerpos de mujeres – se usan no solo como campos de combate sino también como instrumento de conquista y control ideológicos.

# Stop the war against migrant and refugee women who are the victims of violence

The debate about the situation of women in and from Islamic countries seem to arouse the impression, that in this country exists an interest in the improvement of the situation of migrant and refugee women who are victims of violence. Their situation in fact and in law however give rise to doubt about such motives. The legal improvements are not taken place. Instead, reports of radical deportation practices are commonplace. The closed gates of "fortress Europe" are in no way affected by alleged legal loopholes for assistance to women who are victims of violence. On the contrary: the discourse about "the oppressed Muslim woman" is used by reactionary forces single-mindedly as an ideological weapon to enforce and justify further boundaries (and wars) against "the other culture(s)". Neoliberal globalisation and religious fundamentalism thus mirror each other in their similar misuse of women's bodies as war zones for ideological conquest and control.

Viele glauben, dass die Gesetzesänderungen der letzten Jahre zur Verbesserung der Situation von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen beigetragen hätten. Schließlich wurde bereits in den 1990ern eine Härtefallregelung für Frauen eingeführt, die ihre Ehemänner wegen physischer oder psychischer Misshandlung verlassen. Die Regelung wurde in das seit Anfang 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz übernommen. Theoretisch können Frauen nun bei nachgewiesener Gewalt vor Ablauf der Ehebestandszeit von zwei Jahren eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis erhalten. In das neue Zuwanderungsgesetz wurde darüber hinaus geschlechtsspezifische Verfolgung als anerkannter Fluchtgrund aufgenommen. Dieser seit langem von Migrantinnengruppen, Frauenhäusern, Men-



- schenrechts- und Frauenorganisationen geforderte Abschnitt ermöglicht es Flüchtlingsfrauen aufgrund einer geschlechtsspezifischen und endlich auch nicht staatlichen Verfolgung einen Asylantrag in der BRD zu stellen.

Doch haben die positiven Veränderungen auf rechtlicher Ebene nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Situation der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen geführt. Insgesamt hat sich ihr Status weiter verschlechtert. Denn in der Praxis wurden für sie fast unüberwindbare institutionelle und bürokratische Hürden errichtet, auf die sie prallen, wenn sie aufgrund ihrer Gewalterfahrungen oder Verfolgungen versuchen, einen eigenständigen Aufenthaltsstatus zu erlangen. So lässt der Gesetzestext zur geschlechtsspezifischen Verfolgung offen, wann eine am Geschlecht anknüpfende Verfolgung vorliegt und eröffnet der Rechtsprechung damit einen enormen Interpretationsspielraum. Nur unter großem öffentlichem Druck und

durch die Unterstützung des niedersächsischen Flüchtlingsrates konnte im Februar 2005 die Abschiebung der Iranerin Zahra Kameli im letzten Moment verhindert werden. Sie wurde mit 16 Jahren zwangsverheiratet und im Iran drohte ihr wegen Ehebruchs die Steinigung.

Auch sind Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung einreisen, in den ersten zwei Jahren immer noch vollkommen abhängig von den Ehemännern. Der Ehemann hat die Aufenthaltserlaubnis, Frauen und Kinder können nur solange in der BRD bleiben, wie der Mann dieses Recht hat. Verliert er es – etwa weil er eine strafbare Handlung begangen hat, zu denen auch Gewaltdelikte in der Familie zählen können – verliert es die ganze Familie. Eine Trennung vom gewalttätigen Ehemann führt in dieser Zeit in der Regel zum Verlust des Aufenthaltsrechts. Eine Migrantin, die mit ihren Kindern vor Ablauf der Ehebestandszeit von zwei Jahren im Frauenhaus Schutz vor der Gewalttätigkeit ihres Ehemannes sucht, erhält häufig lediglich eine „Duldung“, die alle drei Monate erneuert werden muss. Jeder Besuch der Ausländerbehörde wird so zur Zitterpartie. Durch ihren ungesicherten Aufenthaltsstatus hat sie weder die Möglichkeit eine Wohnung zu finden, noch darf sie eine Arbeit aufnehmen. Sie befindet sich in einem Vakuum, in dem es nur schwer vorstellbar ist, eine Perspektive auf ein unabhängiges Leben für sich und ihre Kinder zu entwickeln. Die gesetzlich vorgesehene Härtefallregelung kommt in den wenigsten Fällen zur Anwendung.

Auch häufen sich Berichte von Migrantinnen, dass sie von den Behörden zum Tragen von Kopftüchern gezwungen wurden, um Fotos für die Ausweis(ungs)papiere zu machen, die für ihre Abschiebung notwendig sind. Eine junge Libanesin aus Hessen wurde vor Jahren vom Jugendamt wegen drohender Zwangsverheiratung und Gewalt aus der Familie genommen. Bis heute jedoch wird ihr ein dauerhafter und gefestigter Aufenthaltstitel verweigert. Sie darf weder eine Ausbildung beginnen noch einer Erwerbsarbeit nachgehen. (...)

Viele in der BRD mit unsicheren Aufenthaltsstatus lebende Migrantinnen bleiben in der Misshandlungssituation eingesperrt, weil ihnen die Alternativen systematisch verbaut werden. Gehen sie den langwierigen und z.T. erniedrigenden Behördenweg, der ohne parteilichen Beistand fast nicht beschreitbar ist, werden ihre Anträge am Ende häufig abgelehnt. In Deutschland wird ihnen dann eine eigenständige Lebensgestaltung unmöglich gemacht. Es bleibt die Illegalität, die Rückkehr zum gewalttätigen Ehemann oder die Abschiebung ins Heimatland. In ihren Herkunftsländern drohen ihnen dann nicht selten erneut als geschiedene Frauen Repressionen, Verfolgung und oft auch Kindesentzug.

Vor dieser Umsetzungspraxis wirken die gesetzlichen Veränderungen wie bloße Lippenbekenntnisse. Wie paradox und voller Doppelmoral sich der Umgang mit Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in der BRD gestaltet wird überdeutlich, wenn wir die behördlichen Begründungen der Antragsablehnungen bei schweren Menschenrechtsverletzungen studieren. Genitalverstümmelung, Zwangsverschleierung und Zwangsverheiratung werden höchststrichterlich und in patriarchaler Tradition als „kulturelle Sitten“ oder auch „religiöse Praktiken“ bezeichnet, um Abschiebungen zu legalisieren.

Gleichzeitig wird eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um genau diese Verbrechen gegen Frauen geführt, in der die deutsche Dominanzgesellschaft als BefreierInnen von Migrantinnen aufzutreten versucht. Selbst Männer an deutschen Stammtischen mutieren plötzlich zu leidenschaftlichen Anwälten der Frauenemanzipation. Allerdings sind es nicht die „christlichen“ „deutschen“ anders ausgedrückt die „eigenen“ Frauen, sondern es sind die „muslimischen“ „türkischen“ oder „iranischen“ Frauen, die Frauen der „Anderen“, die befreit werden müssen. Ihre Zwangs-Entschleierung gilt nicht nur als Beweis von Integration und Demokratie.

Die Effekte dieser Debatte sind vielschichtig: Es entsteht der Eindruck, als könne eine Frau (nur) in der „aufgeklärten“ westlichen Konsumgesellschaft ein freies und selbstbestimmtes Leben führen, wobei die Definitionshoheit des Begriffs Freiheit ebenfalls bei den „aufgeklärt-westlichen“ KulturträgerInnen liegt.

Geschickt ausgeblendet wird darüber, wie viel Gewalt, Diskriminierung, Unterdrückung, Zwangsprostitution, kapitalistischer Ausbeutung und sexualisierten Übergriffen Frauen und Mädchen in den westlichen Industrie-Kulturen und weltweit von „aufgeklärten, zivilisierten, westlichen“ Männern ausgesetzt werden. Vertuscht wird, dass wir es hier weder mit religiösen, kulturellen noch mit (un)zivilisierten Problemen, sondern mit Verbrechen von patriarchalen Gesellschaften zu tun haben. Die ANDERE Kultur, die ANDERE Religion wird als eine klar von der „westlich-zivilisierten“ abgrenzbare definiert. Sie dient als Projektionsfläche für Probleme, deren Bearbeitung in der eigenen Gesellschaft auf diesem Wege ausgesetzt wird. Hemmungslos wird an der Bedrohungsspirale Islam gebastelt und so die Angst geschürt. Die ANDEREN (Männer) werden zum Feind erklärt, sie sind die Bösen. Sie sind diejenigen, die Frauen unterdrücken und ermorden. Das Täterprofil skizziert sich eindeutig: muslimisch/arabischer

Mann. Und wo das „Böse“ ist, ist das „Gute“ nicht weit: „Wir“ sind die Guten. Die ANDEREN werden schließlich zur Bedrohung der inneren Sicherheit ernannt, sie werden zum Sicherheitsrisiko. Statt echter Migrationschancen gibt es Zuwanderungsgesetze, die vor allem auf Abwehr, Sicherheit und wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet sind.

So wird ein Bild „fremder“ Kulturen und Religionen gezeichnet, dass sogar Kriegseinsätze rechtfertigt, in Afghanistan genauso wie beim Einmarsch in den Irak. Es waren die dort unterdrückten Frauen, deren Befreiung die Kriegseinsätze angeblich notwendig machten.



Die Debatte stützt also unterschiedlichste Interessen – nur kaum die der betroffenen Frauen. Es geht weniger um die Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen, es geht nicht darum verfolgten Menschen ein neues Zuhause in Europa zu bieten. Die „muslimische Frau“ erscheint in den in westlichen Medien produzierten Bildern weder als selbstständig denkende und handelnde Akteurin, noch wird sie als Mitglied der „fremden kulturellen Einheit“ beschrieben. Sie erscheint im Passiv, sowohl als Opfer der „Anderen“ als auch in ihrer Befreiung durch eine weltweite Verbreitung westlicher Werte.

Die vermeintliche Förderung von Fraueninteressen wird in diesem Kontext als Rechtfertigung einer Feindbildkonstruktion und zur Aufwertung des Selbstbildes eingesetzt.

*Unterstützerinnengruppe des  
1. Hamburger Frauenhauses  
und Zentrale Informationsstelle  
Autonomer Frauenhäuser (ZIF)*

### **We demand**

- unrestricted access to women's shelters for all women who are victims of violence - independent of residence status and financial situation
- a genuine recognition of gender-specific persecution as a reason for asylum
- an unrestricted right to residence for women and children threatened by violence or persecution, an unbureaucratic implementation of the "hard case regulation"
- abolishment of the discriminating special laws and treatment for refugees.
- Stop misusing human rights violations against women to polarise and split society
- abolition of the "Residenzpflicht"
- No more deportation prisons or "departure centres"!

### **Wir fordern**

- eine unbürokratische Anerkennung frauenspezifischer Verfolgung als Asylgrund und eine unbürokratische Umsetzung der Härtefallregelung
- uneingeschränktes Bleiberecht für gewaltbetroffene oder von Verfolgung bedrohte Frauen und ihre Kinder
- uneingeschränkter Frauenhaus-Zugang für alle gewaltbetroffenen und verfolgten Frauen unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanzieller Situation
- Abschaffung der diskriminierenden Sondergesetze und Behandlungen für Asylsuchende
- Abschaffung der Residenzpflicht
- keine Instrumentalisierung von Frauenrechtsverletzungen für Gesellschaftspolarisierungen und -spaltungen
- Abschaffung der „Ausreisezentren“ und der Abschiebegefängnisse

### **Taleplerimiz**

- Oturma izni ve maddi durumu ne olursa olsun, şiddete uğramış her kadın, sığınma evlerine gidebilmeli
- Kadınlara yönelik şiddet olayları iltica nedeni olarak resmen tanınmalı
- Mağdur kadınlara ve çocuklarına sınırsız oturma hakkı verilmeli, istisnai durumlardaki bürokratik işlemler kolaylaştırılmalı
- İltica başvurusunda bulunanlara yönelik hukuki ve pratikteki ayrımcılığa son verilmeli
- Toplumda kutuplaşmalara ve ayrımcılığa hizmet eden, aslında kadın haklarını savunmak adına yapılan politik manüvülasyonlara son verilmeli
- Sınırdışı merkezleri ve hapisaneleri kapatılsın
- Zorunlu ikamet uygulaması kaldırılsın

### **Exigimos**

- el acceso irrestricto a las Casas de Mujeres de todas las mujeres perseguidas y víctimas de violencia, independiente de su estatus legal y financiero
- el reconocimiento no burocrático de persecución específica femenina como motivo de asilo
- el derecho incondicional de estadía para mujeres y sus hijo/as víctimas y/o amenazadas de violencia o de persecución - una implantación no burocrática de los reglamentos en casos de difícil situación de vida
- abolición de tratamientos y derechos especialmente discriminatorios contra refugiadas/os
- La abolición de la "Residenzpflicht"
- NO a la instrumentalización de violaciones de derechos de mujeres en función de una polarización y división social
- NO a los centros de salida o de expulsión



### **Nous exigeons**

- de reconnaître de manière non bureaucratique la poursuite et persécution des femmes en raison de leur sexe comme motif d'asile
- la mise en pratique de la procédure en cas spécial de manière non bureaucratique
- le droit de séjour sans restriction pour les femmes menacées de poursuite et persécution et pour leurs enfants
- l'accès sans restriction à toute femme victime de violence ou poursuivie et persécutée aux maisons d'hébergement, indépendamment de leur statut de séjour et de leur situation financière
- l'abolition de la « Residenzpflicht »
- l'abolition des lois spéciales et des traitements discriminatoires pour les demandeuses d'asile
- l'arrêt de l'instrumentalisation des contraventions contre les femmes au bénéfice des scissions et des polarisations sociales
- l'abolition des "centres de départ" et des prisons d'expulsion

### **Notrufnummern der Hamburger Frauenhäuser:**

Haus 1: 040-19702, Haus 2: 040-19710,  
Haus 3: 040-19714, Haus 4: 040-19704,  
Haus 5: 040-19715

**Solidaritätskonto:** Paritätischer Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.,  
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 25120510, Kto. 740180

**Spendenkonto der ZIF:** Förderverein Frauenhaus Kassel e.V.,  
Kasseler Sparkasse, BLZ: 520 503 53, Kto: 11 89 140